

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 13.7.2017. Zu Beginn verpflichtete Oberbürgermeister Thomas Geisel Ina Steinheider (SPD) als Nachfolgerin für den als Kulturreferent in das Büro des Oberbürgermeisters gewechselten Rajiv Strauß sowie Florian Tussing (CDU) und Ulf Montanus (FDP) als Nachfolger der in den Landtag gewählten Olaf Lehne und Rainer Mattheisen.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der CDU zum **Aufruf zu linksextremer Gewalt auf öffentlichen Flächen** teilte die Verwaltung mit, dass wie in den Vorjahren die Fläche an der Feuerwache Garath im Rahmen der 5. Garather-Graffiti-Contests bereitgestellt wurde. Der Veranstalter wurde darauf hingewiesen, dass politische, religiöse und sexistische Darstellungen ausgeschlossen sind. Der Veranstalter hat die Einhaltung dieser Auflage zugesichert. Die Polizei wurde von der Feuerwehr informiert und hat Ermittlungen aufgenommen. An der bisherigen Praxis, ausgewählte städtische Flächen für Graffiti zur Verfügung zu stellen und im Vorfeld auf unzulässige Motive hinzuweisen, soll festgehalten werden.

Aufgrund einer Anfrage der CDU „**Keine Transparenz beim RRX**“ wies die Verwaltung darauf hin, dass der RRX ein Vorhaben der Deutschen Bahn und des Bundes ist. Die Bahn hat ein Infoportal eingerichtet, in dem Planunterlagen eingestellt sind. Die Bürgerinitiative hat Akteneinsicht bei der Bezirksregierung und beim Bundesumweltamt genommen. Der Initiative wurden die Umweltinformationen, die Planungsunterlagen und die Gesprächsprotokolle des runden Tisches vorgelegt. Im Vorfeld der Einsichtnahme wurde auf die bereitgestellten Unterlagen hingewiesen. Die Beschwerde der Initiative traf erst nach Akteneinsicht ein. Die Bedarfsfeststellungen liegen in den Unterlagen der Bahn vor. Die Schallschutzunterlagen liegen noch nicht vollständig vor, das Lastenheft für die Beauftragung zur Begutachten von Schallschutzvarianten wird nachgereicht, Gestattungsverträge gibt es nicht und die Email-Korrespondenz zählt nicht zu den Unterlagen, die nach Informationsfreiheitsgesetz vorgelegt werden muss.

Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der CDU zur **Oberhausener Straße** (Rath) teilte die Verwaltung mit, dass der geforderte Abriss der illegalen Halle auf einem Urteil des Landgerichts basiert. Die Zwangsvollstreckung des Urteils kann erst erfolgen, wenn eine Fläche für die Ersatzunterbringung bereitsteht. Die Rodung dieser Fläche kann erst ab 1.10.2017 erfolgen. Die Verwaltung strebt an, für alle Gruppen auf dem Gelände - Schausteller und Künstler - einen Platz zu finden.

Die FDP fragte nach **smart Parking**. 2013 begann die Testphase. Inzwischen werden 262.000 Euro (5 %) der Parkscheineinnahmen an Automaten über die Handy-App vereinnahmt. Der Anbieter erhält eine Fee in Höhe von 15 %. Der Vertrag wurde 2016 um 3 Jahre verlängert.

Aufgrund einer Anfrage der Linken teilte die Verwaltung mit, dass von 2012 bis 2016 51 **externer Rechtsgutachten** vergeben wurden. Hierfür entstanden Aufwendungen zwischen jährlich 380.000 bis zu 986.000 Euro. 25 Gutachten lagen über 10.000 Euro, als Beispiel nannte die Verwaltung 14.492 für das Verbot privater Altkleidersammlungen bis zu 270.484 im Zusammenhang mit einer kartellbehördlichen Verfügung im Zusammenhang mit Brandmeldeanlagen. Die Verwaltung ergänzte, dass das Rechtsamt jährlich durchschnittlich 702 Gutachten erstellt.

Aufgrund einer Anfrage der CDU zum **Sicherheitskonzept beim Japantag** teilte die Verwaltung mit, dass die Besucherzahlen sehr stark vom Wetter abhängig sind. Rein rechnerisch könnten sich auf der Veranstaltungsfläche 181.000 Personen gleichzeitig aufhalten. Auf vermehrten Besucherandrang wird durch verschiedene Maßnahmen reagiert (kein Halt der U-Bahnen an der Heinrich-Heine-Allee, Durchgang an den Kasematten in eine Richtung). 95 Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes sowie 61 Sanitäts- und Rettungsdienstkräfte wurden eingesetzt. Der OSD war mit 13 Mitarbeitenden im Einsatz, die Anzahl der eingesetzten Polizeikräfte ist nicht bekannt. Aus dem Linksrheinischen gab es keine vermehrten Beschwerden.

Aufgrund einer Anfrage der FDP zur **Kostenbeteiligung der Nachbarstädte an dem Grand Départ der Tour de France** teilte die Verwaltung mit, dass von den Nachbarstädten insgesamt 460.000 Euro vereinnahmt wurden. Die mit der Durchfahrt verbundenen Kosten haben die Kommunen selbst getragen. Die Höhe der von den einzelnen Kommunen bzw. Kreise gezahlten Kosten wurden in der nicht-öffentlichen Sitzung mitgeteilt.

Kleine Kommission Grand Départ Düsseldorf 2017

Der Oberbürgermeister berichtete über die Sitzung am 5. Juli. Es wurde ein erstes Resümee gezogen. Die Teampräsentation auf dem Burgplatz verfolgten 15.000 Zuschauer. Das Lichterfest zum offiziellen Empfang im Schloss Benrath hatte 10.000 Besucher, das Einzelzeitfahren am 1.7. verfolgten 500.000 Zuschauer und die 2. Etappe hatte rund 700.000 bis 800.000 Zuschauer. Mit Gästen aus dem In- und Ausland feierten die DüsseldorferInnen ein großes Fest. Die Stadt präsentierte sich als sympathischer weltoffener Gastgeber und empfiehlt sich als kompetenter Ausrichter weiterer Großveranstaltungen. Es erschienen 47.000 Online-Artikel mit einer Reichweite von 106 Mrd. und 44.000 Sozial-Media-Berichte mit einer Reichweite von 4,2 Mrd. Es gab 476.000 Interaktionen wie likes. Der Werbe-Äquivalenzwert wird auf 300 Mrd. Euro geschätzt. In der ARD verfolgten am 1.7. 1,31 Mio Zuschauer und am 2.7. 1,49 Mio Zuschauer die Berichterstattungen. Die Zusammenfassung sahen 1,75 Mio ZuschauerInnen. Eurosport übertrug in 54 Länder, das Einzelzeitfahren verfolgten auf diesem Sender in Deutschland 0,43 Mio Zuschauer. Zusätzlich wurde an beiden Tagen in der Tagesschau berichtet. Die Fußgängerbrücken dienten zugleich als aufmerksamstarke Werbeflächen in verschiedenen Sprachen. Das Kraftwerk-Konzert zog viele Kulturtouristen in die Stadt. Der Petit-Depart mit insgesamt 450 Kindern sowie 170 Kindern von Förderschulen soll in 2018 fortgeführt werden. Der Grand Départ war Symbol und Botschaft der deutsch-französische Freundschaft an ganz Europa, was der französische Präsident Emmanuel Macron in einem Dankschreiben ausdrücklich betonte. Im Rahmen der Veranstaltungen wurde ein Freundschaftsabkommen mit Toulouse geschlossen.

Kleine Kommission Kö-Bogen

Die Verwaltung berichtete, dass die Pflasterung am Tritonen-Brunnen im Juli fertiggestellt wird. Die Platanen-Allee am Jan-Wellem-Platz ist fertig. Der Schalenbrunnen am Corneliusplatz wird im August fertig, der Pavillon an der Martin-Luther-Kirche im Spätherbst. Am Kö-Bogen II wurde das 1. und 2. UG der Tiefgarage abgerissen. Das 3. UG wurde verfüllt und dient als Arbeitsebene.

Kleine Kommission Wehrhahnlinie

Derzeit werden die Restmängel abgearbeitet. Mit den Arbeiten an der Oberfläche der

Rampe Am Wehrhahn wurde begonnen, die Fertigstellung wird bis Ende 2018 erfolgen. Die Kostenhochrechnung liegt bei 858,6 Mio brutto inkl. der Sondermaßnahme jüdischer Friedhof.

Kleine Kommission RRX

Die Verwaltung berichtete detailliert über die Gespräche mit den Reisholzer Gewerbebetrieben, die Beratung in den Bezirksvertretungen und die Anregungen, die aufgenommen wurden. Sie betreffen im Abschnitt Hellerhof-Reisholz eine Radstation, einen P & R-Platz, einen Radweg an der Further Straße und ein besonders überwachtes Gleis. Hinsichtlich der Kreuzung Reisholz wurden Abstimmungsgespräche geführt, um den Güterzugverkehr sicher zu stellen. Weiteres Thema war die klimaökologische Funktion (Frischlufschneise) versus Schallschutzwände. Die Planungsunterlagen für die Bauabschnitte Düsseldorf-Reisholz und Düsseldorf-Wehrhahn lagen bis 11.7. bei der Bezirksregierung öffentlich aus. Einwendungen können bis 25.7. eingereicht werden.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat nahm eine Übersicht über die **von 2016 nach 2017 übertragenen Ermächtigungen** zur Kenntnis. Dies betrifft konsumtive Auszahlungen in Höhe von 116 Mio Euro und investive Auszahlungen in Höhe von 130 Mio Euro sowie Kreditaufnahmen in Höhe von 4 Mio Euro. Diese Übertragungen ermöglichen die Weiterführung begonnener Maßnahmen während der vorläufigen Haushaltsführung und erhöhen die entsprechenden Positionen im Ergebnis- und Finanzplan 2017.

Der Rat nahm den **Jahresabschluss 2016 der Stadtparkasse Düsseldorf** zur Kenntnis und beschloss, den ausschüttungsgesperreten Betrag in Höhe von 7,15 Mio Euro als Gewinnvortrag fortzuführen und 8,13 Mio Euro an die Stadt als Trägerin der Stadtparkasse auszuschütten (gegen Tierschutz). Er erteilte Vorstand und Verwaltungsrat Entlastung (Enthaltung Tierschutz).

Der Rat stimmte nach namentlicher Abstimmung mit den Stimmen von SPD, FDP, BÜ 90, Pirat (42 ja, 38 nein) der **Übernahme** des zum Zeitpunkt der Eigenbetriebsgründung des **Stadtentwässerungsbetriebes** im Haushalt verbliebenen Anlagevermögens zu einem Entgelt in Höhe von rd. 599 Mio Euro zu und ermächtigte den Stadtentwässerungsbetrieb, hierfür Kreditmittel bis zu 599 Mio Euro aufzunehmen.

Dieses Anlagevermögen wird in der städtischen Bilanz ausgewiesen. Das aus Beiträgen und Zuschüssen Dritter aufgebrachte Eigenkapital zur teilweisen Finanzierung dieses Anlagevermögens wird in der städtischen Bilanz als Sonderposten (Abzugskapital) passiviert und korrespondierend zum Anlagevermögen abgeschrieben. Der von einem unabhängigen externen Gutachter ermittelte Zeitwert der Wiederbeschaffung beläuft sich auf 817 Mio Euro, das Abzugskapital auf 218 Mio Euro. Als Saldo bleibt der Übernahmebetrag von 599 Mio Euro.

Der Stadtentwässerungsbetrieb zahlt für die Überlassung des Anlagevermögens ein Entgelt, das sich an den kalkulatorischen Kosten, die in der Gebührenkalkulation angesetzt werden, orientiert. Dieses entfällt, dafür müssen künftig Abschreibungen und Zinszahlungen für die Kreditaufnahmen aufgewendet werden, was insgesamt zu einem positiven Ergebnis beim Stadtentwässerungsbetrieb führen wird. Aus den liquiden Mitteln sind Darlehenstilgungen möglich. Über die Verwendung des Jahresabschlusses entscheidet der Rat.

Im städtischen Haushalt erfolgt ein Liquiditätszufluss durch das Übernahmeentgelt, das Anlagevermögen reduziert sich. Die Einnahme des Nutzungsentgelts (2016 rd. 40 Mio) entfällt ebenso wie der Aufwand für Abschreibungen (20 Mio).

Die Transaktion hat keine Auswirkungen auf die Gebührenkalkulation des Stadtentwässerungsbetriebes. Allerdings wird schon seit einigen Jahren eine Gebührenstabilität nur durch Entnahmen aus der Gebührenrücklage (47 Mio per 31.12.2016) erreicht. Wenn diese aufgezehrt ist, ist mittelfristig eine Gebührenerhöhung unumgänglich. Auf Antrag von SPD, FDP, BÜ90 wurde ergänzend beschlossen, dass die dem städtischen Haushalt zufließende Liquidität ausschließlich für zeitgleich vermögensmehrende Investitionen mit absolutem Vorrang für Schulbau, die Sanierung und den Bau von Bädern bzw. für wirtschaftlich sinnvolle investive Maßnahmen der Rechtsperson Landeshauptstadt Düsseldorf zu verwenden. Über die Verwendung der Mittel soll regelmäßig im Haupt- und Finanzausschuss berichtet werden.

Einstimmig nahm einstimmig der Rat die **Spende des Freundeskreises Wildpark e.V.** in Höhe von 300.000 Euro an. Sie wird für den Neubau einer Waldschule (Gesamtkosten 1,43 Mio Euro) verwendet.

Der Rat beschloss gegen Linke und Tierschutz die einmalige Überlassung einer Teilfläche von 1220 qm des Nordparks an die Firma Schlieter & Friends Event GmbH & Co.KG im Rahmen der **Wiederöffnung des Aquazoo**s vom 20.9 bis 25.9.2017 einschließlich Auf- und Abbau.

Der Rat änderte einstimmig die **Verwaltungsgebührensatzung**. Die Gebühren für die Erteilung von Ausnahmen und Befreiungen von der Baumschutzsatzung werden auf 76 Euro festgesetzt (bisher 25 bis 60 Euro).

Der Rat befürwortete einstimmig den **Stadtvertrag mit der jüdischen Gemeinde** und ermächtigte die Verwaltung, den Vertrag zu schließen. Er ermächtigte die Kämmerin, 0,5 Mio Euro überplanmäßig in 2017 bereitzustellen. Für 2018 sollen 0,75 Mio Euro und ab 2019 jährlich 0,995 Mio Euro bereitgestellt werden. Hiermit sollen die aus besonderen Belastungen erwachsenden Aufwendungen der jüdischen Gemeinde für den Betrieb und die Unterhaltung ihrer gemeindlichen Einrichtungen im Bereich von Kultur und Bildung unterstützt werden. Alle fünf Jahre soll eine Bewertung des Vertrages dem Grunde und der Leistungen der Höhe nach vorgenommen werden. Aus wichtigem Grund, insbesondere bei einer gravierenden Änderung der Finanzlage der Vertragsparteien, kann der Vertrag gekündigt werden.

Antrag des Ausschusses für Gleichstellung

Der Rat folgte einstimmig einem Antrag des Ausschusses für Gleichstellung, der auf Antrag von SPD, BÜ 90, FDP beschlossen hatte, den Rat zu bitten, dafür Sorge zu tragen, dass das Stadtarchiv seinen Dokumentationsauftrag um den Bereich der Geschichte der Frauen und der Geschichte von Lesben, Schwulen, Bi*, Trans* und Inter* ausbaut und weiteres Material in diese Bereiche integriert.

Personalien

Der Rat beschloss einstimmig die **Verleihung der Förderpreise**

- für Wissenschaften an die Gesundheitsökonomin Frau Dr. Jun.-Prof. Annika Herr
- für bildende Kunst an die Bildhauerin Liza Dieckwisch und den Mediengestalter Robert Olawuyi
- für darstellende Kunst an die Tänzerin Ann-Kathrin Adam und den Tänzer Rymon Zacherei (Rayboom)
- für Musik an das Liedduo Heinzen – Mead und die Band Gato-Preto
- für Literatur an die Autorin Marlene Röder.

Der Rat wählte

- Herrn Olaf Diestelhorst als stellvertretendes Mitglied für den Naturschutzbund Deutschland e.V. in den Beirat der Unteren Naturschutzbehörde;
- den Leiter des Hauptamtes Stefan Ferber anstelle von Frau Dr. Charlotte Beissel zum ordentlichen Mitglied und Herrn Fritz Bezold sowie Herrn Manfred Neuenhaus zu stellvertretenden Mitgliedern in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes IT-Kooperation Rheinland;
- Udo Figge anstelle von Matthias Herz zum persönlichen Stellvertreter von Martin Volkenrath und Matthias Herz anstelle von Ursula Holtmann-Schnieder zum persönlichen Stellvertreter von Harald Walter in die Verbandsversammlung des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr.

Der Rat nahm Ausschussumbesetzungen vor. Aus Sicht der SPD wichtig: Ina Steinheider anstelle von Katja Goldberg-Hammon im Ausschuss für Öffentliche Einrichtungen und im Umweltausschuss; Dr. Uwe Wagner anstelle von Bergit Fleckner-Olbermann im Sportausschuss; Bergit Fleckner-Olbermann anstelle von Rajiv Strauß im Kulturausschuss; Katja Goldberg-Hammon anstelle von Rajiv Strauß im Jugendhilfeausschuss; Philipp Tacer anstelle von Rajiv Strauss im Ausschuss für Gesundheit und Soziales und in der Düsseldorfer Gesundheitskonferenz, Claudia Bednarski anstelle von Rajiv Strauß im Haupt- und Finanzausschuss, Katja Goldberg-Hammon anstelle von Philipp Tacer im Integrationsrat.

Der Rat ersetzte Rajiv Strauß

- durch Cornelia Mohrs im den Aufsichtsrat der Sana Kliniken Düsseldorf GmbH und im Kuratorium der Stiftung Schloss und Park Benrath;
- durch Oliver Schreiber im Aufsichtsrat der Jugendberufshilfe Düsseldorf gGmbH;
- durch Katja Goldberg-Hammon im Aufsichtsrat der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH;
- durch Bergit Fleckner-Olbermann im Aufsichtsrat der Deutschen Oper am Rhein Theatergemeinschaft Düsseldorf-Duisburg gGmbH;
- durch Philipp Tacer im Aufsichtsrat der NRW Forum Düsseldorf gGmbH.

Der Rat ersetzte Bergit Fleckner-Olbermann im Aufsichtsrat der Bädergesellschaft Düsseldorf mbH durch Ralf Thomas Krüger.

Schulorganisatorische Maßnahmen

Der Rat beschloss einstimmig,

- an der Martin-Luther-Schule, ev. Grundschule Gotenstr. 20, die Zügigkeit um einen Zug auf 3 Züge ab 2019/20 zu erhöhen. Er beauftragte die Verwaltung, einen Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss für den Ausbau des Dachgeschosses der Rudolph-Hildebrand-Förderschule, Gotenstraße, vorzubereiten, Kostenrahmen 0,94 Mio Euro;
- an der Theodor-Andresen-Schule und der Franz-Marc-Schule, Förderschulen Lohbachweg 16/18 einen gemeinsamen Erweiterungsbau zum Schuljahr 2019/20 zu errichten und beauftragte die Verwaltung, einen Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss mit einem Kostenrahmen von 1,365 Mio vorzubereiten. Als Übergangslösung sollen Räume am Erfurter Weg hergerichtet werden, die künftig aber von der Grundschule Arnstadter Weg benötigt werden.

Investitionen

Der Rat beschloss die Planung durchzuführen und die Kostenberechnung zu erstellen:

- **Neubau eines Hallenbades auf dem Grundstück des Hallenfreibades Benrath** mit 25m-Schwimmbecken mit vier Bahnen und Sprunganlage, thermisch und

akustisch getrenntem Nichtschwimmer-/Kursbecken mit Hubboden, Umkleide- und Sanitärbereichen, Vitalwarmwasserbecken mit Massagedüsen und Wasserattraktionen, Kleinkinderbecken Innen und Außen, Whirlpool, Warmluftraum, Gymnastikraum, Soleaußenbecken, Nettogesamtinvestitionskosten bis zu 22,8 Mio Euro. Die Überlassung der Flächen an die Bädergesellschaft erfolgt im Wege des Erbbaurechts. Für die Planung werden im Haushaltsjahr 2018 bis zu 0,8 Mio Euro bereitgestellt. Nach einjähriger Planung soll mit dem Bau begonnen werden, Fertigstellung Ende 2020. Durch den Verkauf eines Grundstücksteils für Wohnungsbau soll eine Gegenfinanzierung erfolgen (Enthaltung Tierschutz);

- **Umgestaltung Shadowstraße** auf der Grundlage des Siegerentwurfs aus dem Gutachterverfahren zur Gestaltung der östlichen Shadowstraße sowie der Hinweise der Empfehlungskommission mit vorläufigen Gesamtkosten von 9,3 Mio Euro (ohne Gastronomie-Pavillons). Für die Planungen stellte der Rat außerplanmäßig 120.000 Euro in 2017 bereit und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 535.000 Euro. Gemäß Ratsbeschluss vom 6.6.2013 wird der Bereich zwischen Berliner Allee und Jacobistraße mit einem 4,75 m breiten Fahrstreifen ausgebildet, der in beiden Richtungen mit dem Rad befahren werden kann und außerhalb des Zeitraumes von 10.30 bis 18.30 durch den motorisierten Individualverkehr genutzt werden kann. Eine Aufweitung zwischen Liesegang- und Tonhallenstraße ermöglicht eine ganztägige Erschließung des Parkhauses an der Bleichstraße. Zwischen Jacobistraße und Oststraße beträgt die Fahrbahnbreite 8,50 m, hiervon werden jeweils 1,5 m als Schutzstreifen für den Radverkehr abmarkiert. In den Seitenräumen werden Flächen für Lieferverkehr und Taxen vorgesehen. Straßenbahn- und Bushaltestellen im Bereich der Jacobistraße werden in die Tonhallenstraße verlegt. In Abhängigkeit der Fertigstellung des Bauvorhabens am Gustav-Gründgens-Platz wird 2019 mit den vorbereitenden Arbeiten begonnen (einstimmig). Auf Antrag des Piraten soll geprüft werden, ob der Abschnitt zwischen Jacobistraße und Oststraße und der Bau der mobilitätsgerechten Haltestellen vor Fertigstellung des Köbogens II in 2019 umgesetzt werden kann (1 Enthaltung).

Der Rat beschloss die Ausführung und Finanzierung der folgenden Projekte:

- **Neubau einer Zweifach-Sporthalle an der Franz-Vaahsen-Grundschule**, Grenzweg 12 (Wittlaer) mit Gesamtkosten von 5,04 Mio Euro brutto (netto 4,6 Mio Euro) zur Nutzung für Schulsport und Ganztags sowie den TV Kalkum/Wittlaer. Die Halle wird als Versammlungsstätte für bis zu 999 Personen ausgerüstet. Baubeginn im 1. Quartal 2018, Fertigstellung im 4. Quartal 2018. Für das Jahr 2017 werden 0,8 Mio Euro überplanmäßig bereitgestellt (einstimmig);
- **Umbau des Tennenplatzes in Kunstrasen nebst Trainingsbeleuchtung auf der Sportanlage Kammerrathsfeldstr. 82 (TSV Urdenbach)** mit Gesamtkosten von brutto 0,76 Mio Euro. Bauzeit von Dezember 2017 bis August 2018 (einstimmig);
- **Entwicklungsgebiet Innenstadt Süd-Ost (EKISO) Teilprojekt Friedrich-Ebert-Straße** Teil 1 und 2 mit Gesamtkosten von 1,91 Mio Euro. Vom Bahnhofsvorplatz bis zur Karlstraße soll ein übersichtlicher, sicherer, sauberer und barrierearmer Straßenraum mit Stärkung des ÖPNV entstehen. Der motorisierte Individualverkehr zwischen Konrad-Adenauer-Platz und Karlstraße wird herausgenommen. Zwischen Karlstraße und Bismarckstraße sollen beiseitig Radschutzstreifen angelegt, die Fußgängerüberwege barrierefrei ausgebaut und die Beleuchtung durch LED-Leuchten ersetzt und teilweise ergänzt werden. Es werden Radstelen in der Signalfarbe hellgrün aufgestellt. Es werden Zuschüsse in Höhe von 1,1 Mio Euro erwartet Bauzeit von November 2017 bis November 2018 (einstimmig).

Planung

Der Rat beschloss

- die vereinfachte Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes **Moskauer Straße**. In den zum IHZ-Park liegenden Baufeldern im Kerngebiet soll Wohnen ermöglicht werden, wobei es Festsetzungen zum Schutz vor Lärm gibt (einstimmig);
- die **Denkmalbereichssatzung „Rathausviertel Benrath“** für das Gebiet zwischen Benrather Schlossallee, Kappeler Straße, Marbacher Straße, Benrather Rathausstraße und Schlossparkstraße (einstimmig);
- den Bebauungsplan **Klosterstraße/Oststraße**. Auf dem Gelände des ehemaligen Klosters der Franziskaner sollen an der Klosterstraße und im Innenbereich Wohngebiete entstehen. Das 14-geschossige Geschäftshaus mit Wohnungen in den obersten Geschossen an der Ecke Oststraße/Immermannstraße sowie die Gebäude an der Immermannstraße werden als Mischgebiet ausgewiesen. Entlang der Klosterstraße und im Blockinnenbereich wird ein allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. 40 % der Wohnungen entstehen im öffentlich geförderten und preisgedämpften Wohnungsbau; Stellplätze werden in Tiefgaragen angelegt (gegen Linke);
- die Änderung des Flächennutzungsplans (bisher Gewerbegebiet, künftig Wohnbauflächen) (einstimmig) und den Bebauungsplan **Witzelstraße** (gegen Linke, Enthaltung BÜ 90). Auf dem ehemaligen Firmengelände von Schloemann-Siemag entsteht ein Wohnquartier mit einer zentralen Erschließungsachse, die als Allee ausgebildet wird und an der ein Quartiersplatz und ein Kinderspielplatz liegen. Im Bereich von Auf'm Hennekamp und an der Witzelstraße werden fünfgeschossige Wohngebäude mit einem zurückgesetzten weiteren Geschoss entstehen, zur Varnhagenstraße hin entstehen dreigeschossige Häuser mit zurückgesetztem weiteren Geschoss für Eigentumswohnungen, Stadtvillen und Stadthäuser. Als Puffer zu gewerblichen Nutzungen dienen Geschäfts- und Bürogebäude mit einer Kindertageseinrichtung im Erdgeschoss (eingeschränkte Gewerbegebiete). Im Einmündungsbereich Johannes-Weyhe-Straße/Witzelstraße wird für den Gebäudebestand Mischgebiet festgesetzt. Von den rd. 275 Wohneinheiten werden mind. 55 öffentlich gefördert und 30 im preisgedämpften Wohnungsbau entstehen. Im Süden entsteht ein weiterer großflächiger Spielplatz. Im Straßenraum werden 81 Stellplätze angelegt, die den Wohnungen zugeordneten Stellplätze werden in Tiefgaragen errichtet.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen. Der Rat geht mit zahlreichen „Restanten“ – unerledigten Tagesordnungspunkten - in die Sommerpause, da wir vereinbart haben, dass die öffentliche Tagesordnung nur bis 20 Uhr dauert. Ich wünsche allen Lesern und Leserinnen eine schöne Sommerzeit.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de